

## **Rede des LWL-Direktors Matthias Löb zur Einbringung des LWL-Haushaltsplanentwurfes 2016 in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe am 19. November 2015**

---

-Es gilt das gesprochene Wort!-

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

passend zur Landschaftsversammlung hat mein Immunsystem entschieden, sich das jährliche „update“ zu gönnen. Wir schauen mal, wie weit meine Stimme trägt...

Da ich ja jetzt wieder einen Kämmerer habe, kann ich es dieses Jahr Herrn Dr. Lunemann überlassen, Sie mit den Zahlen aus unserem LWL-Haushaltsentwurf 2016 zu verzaubern. Ich wollte Ihnen an dieser Stelle eigentlich darstellen, was hinter den scheinbar jedes Jahr gleichen Ansätzen und Strukturen des Haushaltes steckt. Als ich alles aufgeschrieben hatte, was mir aus den letzten Monaten wichtig schien und welche Themen im nächsten Jahr anstehen, habe ich gemerkt, dass ich schon mit diesem Streifzug durch die Dezernate meine geplante Redezeit von 20 Minuten überschritten hätte. Das Ergebnis wollte ich Ihnen aber nicht vorenthalten, deswegen finden Sie diese Passagen zu Beginn der gedruckten Fassung meines Manuskriptes.

Ich möchte mich heute auf zwei Themen konzentrieren:  
„Metropolregionen“ und „Inklusion“.

Zuvor möchte ich aber zwei Mal ein dickes „Danke schön“ aussprechen:

Mein erster Dank gilt Ihnen, meine Damen und Herren. Sie haben im letzten Jahr wichtige Beschlüsse gefasst, die uns einen klaren Handlungsrahmen geben. Das Spektrum reicht von der Konkretisierung des Aktionsplans Inklusion bis zum priorisierten Bauprogramm im Kulturbereich, vom Rahmenkonzept zur Haushaltskonsolidierung bis zur Neuauflage des Heimkinder-Fonds.

**Vielen Dank für die konstruktive Diskussionskultur und für das Vertrauen, das Sie der Verwaltung des LWL entgegenbringen!**

Mein zweiter Dank gilt den Beschäftigten des LWL:

Ich möchte stellvertretend Herrn Bergmann vom Gesamtpersonalrat, Herrn Dahlhaus für den Personalrat Hauptverwaltung, vor allem den Landesrätinnen und Landesräten danken für die loyale Zusammenarbeit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den letzten Monaten Vieles gemeinsam bewegt und Weichen gestellt. **Bitte gebt meinen Dank für den tollen Einsatz an eure Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter!**

Nun zu meinem ersten Thema: „Metropolregionen“.

## **1. 200 Jahre Westfalen – der Blick nach vorne**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in diesem Jahr an **„200 Jahre Provinz Westfalen“** erinnert. Aber in die Feierlaune mischte sich auch ein nachdenklicher Grundton: Gibt es eine westfälische Identität? Was eint die doch so verschiedenen Teilregionen und Menschenschläge Westfalens? Welche Rolle nimmt heute noch der LWL ein, der für sich in Anspruch nimmt, Sprachrohr und Klammer Westfalens zu sein? Als wir im Landtagsausschuss kurz über die Jubiläumsausstellung in Dortmund gesprochen haben, da gab es von Ihrer Seite zu Recht auch kritische Stimmen zur Arbeit des LWL: Inwieweit haben wir gerade im Kulturbereich selbst dazu beigetragen, Stereotypen vom genügsamen und ländlich-zurückgebliebenen Westfalen zu pflegen? Sehr gerne greife ich Ihre Anregungen auf, um gemeinsam mit unserer Kulturdezernentin zu prüfen, wie wir in der Geographischen Kommission, im LWL-Institut für Regionalgeschichte Westfalens oder im LWL-Landesmedienzentrum aktuellen Fragen nachgehen können. Beispielsweise: Die unterschiedlichen Strategien zur Bewältigung des Strukturwandels im westlichen Münsterland, in Ostwestfalen oder im westfälischen Ruhrgebiet. Oder wie wir Raumbeispiele geben können, die von wirtschaftlich aktiven und innovationsstarken Teilregionen in Westfalen zeugen. Dabei brauchen wir keine Fakten zu verbiegen oder erwünschte Statistiken herbeifälschen, sondern das ist längst gesellschaftliche Realität!

Wie wichtig es ist, dass wir selbst an dem Bild arbeiten, welches wir auch nach außen vermitteln möchten, zeigt die Diskussion um **Metropolregionen** in unserem Bundesland. Im aktuellen Entwurf des Landesentwicklungsplanes werden unter der Überschrift „Regionale Zusammenarbeit“ lediglich zwei Teilräume in NRW ausdrücklich benannt: die Metropolregion Rheinland und die Metropolregion Ruhr. Was stört mich daran?

- § Erstens: Nach der eigentlich völlig überflüssigen Reform des RVR-Gesetzes folgt hier der **nächste Schritt für eine Dreiteilung des Landes**. Rheinland, Ruhrgebiet und der nicht näher benannte „Rest“ des Landes.
- § Zweitens: **Sprache prägt das Bewusstsein**. Wenn große und bevölkerungsreiche Regionen wie das Münsterland, Ostwestfalen-Lippe und Südwestfalen im LEP nicht genannt werden, dann werden sie in Düsseldorf auch nicht auf dem politischen Radar sein.
- § Drittens: Es ist derzeit völlig unklar, welche **Wirkungen** die Benennung zweier Metropolregionen haben wird. Die für Landesplanung zuständige Staatskanzlei mag darin keine Dramatik zu erkennen: Eine Bevorzugung der Metropolregionen bei Förderprogrammen des Landes sei nicht vorgesehen. *„Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“*: Wenn die Konstruktion ohnehin keine Folgen hat, dann könnte man auf sie auch verzichten. Dass dies aber wohl nicht so sein wird, zeigt schon ein Blick in die Begründung des Landesentwicklungsplanes. Dort heißt es nämlich:

*"Das Land wird solche regionalen Kooperationen besonders unterstützen; es muss hierbei aber auch aus Landessicht Schwerpunkte setzen und bestimmte Kooperationen beziehungsweise Funktionen bevorzugen."*

Und sofort danach geht es weiter:

*"Neben der schon seit Jahrzehnten als Kommunalverband verfassten Metropole Ruhr hat sich die Metropolregion Rheinland zur Stärkung ihrer Metropolfunktionen kooperativ zusammengeschlossen."*

Wie anders kann dieser textliche Zusammenhang verstanden werden, als dass genau diese Kooperationsräume künftig bevorzugt berücksichtigt werden sollen? Und dann wird es sicherlich auch um Fördermittel der EU, des Bundes oder des Landes gehen.

Was ist jetzt zu tun? Zunächst einmal: Bloß nicht in alte Muster verfallen, eine Benachteiligung beklagen oder schlicht „dagegen“ sein. Ich meine, dass jetzt **vier Schritte** anstehen:

### Schritt 1:

Verbündete suchen und den Teilregionen Münsterland, Ostwestfalen-Lippe und Südwestfalen einen gemeinsamen Auftritt verschaffen. Das ist mit der Einsetzung einer **„Steuerungsgruppe Westfalen“** mit Beteiligung der drei Regionalräte und der drei Regierungspräsidenten, Vertretern der Landräte, der Westfalen Initiative sowie des LWL bereits gelungen. Auch mit den IHKs stehen wir in engem Kontakt. Am 11. März 2016 wird hier in diesem Raum die **erste gemeinsame Sitzung der drei Regionalräte** überhaupt stattfinden und zwar ausschließlich zu diesem Thema.

### Schritt 2:

Wir müssen die Gemeinsamkeiten dieser Region benennen und auf diese Weise ein **sprachliches Bild** schaffen, das als Gegengewicht zu einer „Metropolregion Rheinland“ und zu einer „Metropolregion Ruhrgebiet“ funktionieren kann.

Wir sind uns unter den Akteuren einig, dass es nicht das Stereotyp des sogenannten „ländlichen Raumes“ sein kann, das sofort Assoziationen an wogende Maisfelder, Pferdekoppeln und Dörfer im Niedergang weckt. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Realität in diesen drei Teilregionen wird unserer Meinung nach am besten durch den Begriff der **„mittelstandsgeprägten Wachstumsregion Westfalen-Lippe“** beschrieben. Und wenn der Präsident der IHK Nord-Westfalen hierfür die Bezeichnung *„heart of german Mittelstand“* geprägt hat, so ist das für ei-

nen Westfalen zwar ungewöhnlich keck, es ist aber nicht aus der Luft gegriffen. Dazu einige Fakten:

Ja, es stimmt, dass der prozentuale Anteil der Erwerbstätigen in der **Landwirtschaft** in den genannten Teilregionen etwa dreimal so hoch ist wie in der sog. „Metropolregion Ruhrgebiet“. Nämlich 1,2 % statt 0,4 %! Diese geringe Zahl zeigt doch schon: Mit landwirtschaftlichen Vokabeln kann man den Wirtschaftsraum Westfalen-Lippe nicht annähernd zutreffend beschreiben!

Relevanter ist, dass im Münsterland fast 26 %, in Ostwestfalen-Lippe über 29 % von den Südwestfalen sogar 38,5 % der Beschäftigten in der **Produktion** arbeiten. Zum Vergleich: In den sog. Metropolregionen gibt es nur etwa 20 % Industriearbeitsplätze.

Die Anzahl **mittelständischer Betriebe** je 10.000 Einwohner beträgt in der Metropole Ruhr 41, in der Metropolregion Rheinland 48 und in den Teilregionen Münsterland, Südwestfalen und Ostwestfalen-Lippe liegt sie zwischen 53 und 55!

### Schritt 3:

Was sind die **Entwicklungsziele**, die aus diesem Bild einer mittelstandsgeprägten Wachstumsregion folgen? Natürlich muss hierbei auch beachtet werden, dass der demografische Wandel das Münsterland, Ostwestfalen-Lippe und Südwestfalen tendenziell stärker treffen wird als die Metropolregionen Rheinland und Ruhrgebiet. Und selbstverständlich leitet sich daraus ein spezifischer Handlungsbedarf für die Landesplanung ab.

Wie andere Institutionen auch, mit denen ich das verabredet habe, werde auch ich Ihnen eine Beschlussvorlage für eine Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan vorlegen. Und ich hoffe im Dezember auf Ihre Zustimmung, damit wir legitime Forderungen an das Land stellen.

### Schritt 4:

Ich meine, dass perspektivisch eine **Zusammenarbeit** über die jeweiligen Teilregionen hinaus dringend erforderlich ist. Die gemeinsame Sitzung der drei Regionalräte, die Abstimmung einer jedenfalls im Kern gemeinsamen Formulierung zum Landesentwicklungsplan, das sind erste und wichtige Schritte. Westfalen-Lippe wird als Gegengewicht zu den Metropolregionen aber nur dann wahrgenommen werden, wenn auch weitere konkrete Kooperationen folgen. Wir wissen nur zu gut, wie schwer es in den vergangenen Jahren schon war, Zusammenarbeit in den jeweiligen Regionalmanagement-Agenturen zu organisieren. Häufig scheiterte es am Geld, aber auch am Festhalten an eigenen Strukturen. Wir werden sehr schnell feststellen, dass wir den Prozessen, die sich vor allem im

Rheinland derzeit organisieren, auf Dauer nichts entgegen halten können, wenn wir nicht enger zusammenrücken. Ich setze dabei große Hoffnungen auf die Einbindung der westfälischen Wirtschaft und die Vernetzung mit den westfälischen Hochschulen.

Meine Damen und Herren, ich finde es sehr spannend, dass eine solche Debatte ausgerechnet in unserem Jubiläumsjahr hochgekommen ist. Die erste wichtige Erkenntnis für mich: Wir sollten selbst die Farben wählen, mit denen das Bild von Westfalen gemalt wird.

**Westfalen ist viel mehr als Pferde, Pils und Pumpernickel!**

## **2. LWL als Zaungast oder Motor der Inklusion?**

Ich mache jetzt mal einen harten Schnitt und komme zum Thema Inklusion, zu dem ich ebenfalls einige grundsätzliche Gedanken mit Ihnen teilen möchte.

Das Thema **Inklusion** ist der rote Faden durch alle Arbeitsfelder des LWL. Das kann nicht weiter verwundern, wenn man bedenkt, dass wir fast 90 % unseres 3,3-Milliarden-Euro-Haushaltes für Menschen mit Behinderungen ausgeben. Wir müssen uns vor Augen führen, dass alleine in der LWL-Behindertenhilfe über 600 Mitarbeiter sich hauptberuflich mit der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen beschäftigen. 2014 haben Sie, meine Damen und Herren, einen **Aktionsplan Inklusion** auf den

Weg gebracht, der zu allen Aufgabenfeldern des LWL ambitionierte Ziele und konkrete Maßnahmen beschreibt. Wie versprochen habe ich Ihnen dies Ende 2014 noch einmal übersichtlich mit einer konkreten Zeitplanung und Kosten hinterlegt. Und wie wir Westfalen so sind, wollen wir uns nicht an unseren Konzepten, sondern an dem konkret Umgesetzten messen lassen: Es gibt daher regelmäßige Fortschrittsberichte; den ersten werden Sie bis März 2016 auf dem Tisch haben.

Sie werden feststellen, dass sich in den letzten Monaten weitere Gelegenheiten ergeben haben, die Kompetenz des LWL zum Nutzen der Menschen mit Behinderungen einzusetzen. Beispielsweise haben wir über den Landesjugendplan ein Modellprojekt mit sechs Kommunen zum gemeinsamen Freizeitverhalten von Jugendlichen mit und ohne Behinderungen durchgeführt. Beispielsweise hat unsere Koordinationsstelle Sucht eine viel beachtete Studie zum Alkoholkonsum bei Jugendlichen mit geistiger Behinderung vorgelegt. Beispielsweise konnte unsere Kulturdezernentin bei den so genannten Petersburger Gesprächen die inklusive Kulturarbeit des LWL als vorbildgebend für die gesamte Bundesrepublik Deutschland präsentieren.

Meine Damen und Herren, das Thema Inklusion wird zwar aktuell durch die Flüchtlingsfragen überlagert, es hat jedoch mittelfristig Konjunktur – über kurz oder lang springt jeder auf diesen fahrenden Zug. Das ist erst einmal nichts Verwerfliches, sondern im Gegenteil: Ich finde es prima, wenn im NRW-Inklusionskataster mehr als 50 westfälische Gemeinden,

Städte und Kreise erfasst sind, die sich auf den Weg zur „inklusive Kommune“ gemacht haben. Wir müssen uns aber entscheiden: Wollen wir bei diesen Prozessen Zaungast sein, Beifall klatschen und uns in erster Linie um unsere gesetzlichen Aufgaben nach dem alten Muster kümmern? Oder wollen wir uns hierbei mit unserem leistungsstarken Verwaltungsapparat und dem auf allen Aufgabenfeldern vorhandenen besonderen know-how einbringen? Für mich ist es jedenfalls unbefriedigend, wenn beispielsweise ein Netzwerk „inklusive Kulturarbeit“ beim Land angesiedelt ist, obwohl dort kaum spezifische Fachkompetenz vorhanden ist. Und wollen wir wirklich jede Gemeinde, jede Stadt für sich alleine den Weg zu einem inklusiveren Gemeinwesen gehen lassen? Oder wollen wir unsere Expertise und unseren Westfalen-weiten Blick nutzen, um **gute Projekte anzuschieben, wissenschaftliche Begleitung zu ermöglichen, Plattformen für den Erfahrungsaustausch zu organisieren und Akteure zu vernetzen?**

Das berührt unmittelbar die Frage, was eigentlich unser **Selbstverständnis** in der Behindertenhilfe des LWL ist:

Natürlich sind wir erst einmal eine große Behörde, die massenhaft Akten bearbeitet und gesetzliche Ansprüche befriedigt. Wir waren aber in der Vergangenheit auch Schrittmacher und haben für **gleichwertige Lebensverhältnisse** gesorgt. Ich erwähne hier beispielhaft den **flächendeckenden Ausbau des ambulant betreuten Wohnens**, der dafür gesorgt hat, dass Menschen mit Behinderungen unweit ihres bisherigen Wohnortes in den eigenen vier Wänden leben können. Oder: Die **systematische**

**Förderung von Integrationsprojekten** hat in Westfalen-Lippe dazu geführt, dass über 1.500 Menschen mit schweren Behinderungen einen regulären Arbeitsplatz außerhalb der Werkstatt haben, auf den sie sonst keine Chance gehabt hätten. Zu Recht werden diese und weitere Aktivitäten daher auch in unserem LWL-Aktionsplan Inklusion genannt.

Ich meine, dass aus dreierlei Gründen in der Behindertenhilfe ein ganz **tiefgreifender Paradigmenwechsel** ansteht:

Der demografische Wandel führt dazu, dass wir eine **alternde Gesellschaft** sind, wobei der medizinische Fortschritt dafür sorgt, dass auch Menschen mit schwersten Behinderungen immer älter werden können.

Es müssen also immer mehr Menschen auch versorgt werden. Zugleich stehen aber – auch das Auswirkung des demografischen Wandels – immer **weniger Fachkräfte** für diese Versorgung zur Verfügung.

Drittens schließlich hat die Bundesrepublik Deutschland die **UN-Behindertenrechtskonvention** unterschrieben. Menschen mit Behinderungen sollen nicht mehr in Sonderwelten aufwachsen, lernen, wohnen, arbeiten oder ihre Freizeit verbringen. Die Begegnung von Menschen mit und ohne Behinderungen soll Normalität werden. Dazu sind unsere Lebenswelten anzupassen.

Aus diesen drei Entwicklungen lassen sich drei Thesen formulieren:

- § Das bisherige System der Behindertenhilfe wird wegen der Vielzahl neuer Hilfefälle kaum noch finanzierbar sein.
- § Aufgrund des Fachkräftemangels kann das Maß an professioneller Versorgung nicht mehr gewährleistet werden.
- § Im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention sind separierte Sonderwelten für behinderte Menschen als Regelversorgung auf Dauer nicht mehr zu halten.

Nach meinem Verständnis liegt der Kern der Reform des Leistungsrechts für Behinderte darin, dass **nicht mehr von den Institutionen aus zu denken** ist, also die klassische Unterscheidung „stationär“ versus „ambulant“, **sondern von den Unterstützungsbedarfen der Menschen**. Und da kann es nicht in erster Linie darum gehen, Betten zu belegen oder Werkstattplätze. Sondern es muss nach meiner Überzeugung eine bestimmte Rangfolge der Hilfestellung eingehalten werden.

- (1) Im Mittelpunkt steht **der Mensch mit seinen Möglichkeiten**.
- (2) Wenn ein Mensch mit Behinderungen alleine nicht mehr klar kommt, dann sollte zunächst die Frage gestellt werden, ob es **technische Unterstützungsmöglichkeiten** gibt, mit denen er sein Leben selbständig meistern kann. So etwas ist bei den begleitenden Hilfen im Arbeitsleben unseres Integrationsamtes schon viele Jahre Selbstverständlichkeit. In Bochum haben wir das für Schwerstmehr-

fachbehinderte auch in technikgestützten Wohnwelten über unser 10-Mio-Euro-Programm verwirklicht.

- (3) Dort wo auch Technikunterstützung nicht genügt, um ein selbstständiges Leben zu führen, muss meiner Ansicht nach zunächst geprüft werden, welche **sozialen Netzwerke**, welche Hilfesysteme, welche Unterstützungsmöglichkeiten vor Ort bestehen. Familie, Freunde, Nachbarschaftshilfe oder ehrenamtliches Engagement: solche Netzwerke werden eine zunehmend bedeutende Rolle einnehmen - nicht nur für Menschen mit Behinderungen, sondern auch für demente Menschen, psychisch Kranke, ja oftmals für die gesellschaftliche Entwicklung in ganzen Dörfern. Und ich halte es für richtig, dass man zunächst einmal die Aktivierung solcher zu meist ehrenamtlicher Unterstützungssysteme prüft.
- (4) Und erst dann, wenn all das nicht ausreicht, stellt sich die Frage, an welchen Stellen **professionelle Hilfe** weiterhelfen muss.

Zur Inklusion gehört auch, dass Menschen mit Behinderungen nicht aus ihren Lebenswelten herausgerissen werden. Inklusion muss also in den Nachbarschaften, den Wohngebieten, den Stadtteilen oder den Dörfern stattfinden.

### **Was könnte unsere Rolle als LWL dabei sein?**

Wir können Beispiele guter inklusiver Prozesse fördern, wir können gute Ideen herausstellen und Erfahrungen vernetzen – wir könnten Schrittmacher wie schon in der Vergangenheit sein. Wir würden weniger über

Rahmenvereinbarungen mit der freien Wohlfahrtspflege und über pauschale Entgeltverhandlungen regeln, sondern wir würden ganz konkret gemeinsam mit unseren kommunalen Partnern die **Potentiale eines Stadtquartiers oder eines Dorfes** ausloten. Unsere Regionalplanungskonferenzen könnten wir in diesem Sinne weiterentwickeln. Das reicht von Einkaufsmöglichkeiten, über Arbeitsplätze, über Mobilität oder die Organisation gemeinsamer Freizeit von Menschen mit und Menschen ohne Behinderung. Selbstverständlich werden sich dabei auch Fragen stellen, beispielsweise, wie Bereitschafts- oder Nachtdienste für ein solches Quartier organisiert werden. Keine leichte Aufgabe besonders dann, wenn bislang schon mehrere Leistungsanbieter in einem solchen Quartier tätig sind.

Und warum sollten wir als diejenigen, die den Großteil der Leistungen bezahlen, nicht einmal darüber nachdenken, mit Leistungserbringern regionale Budgets zu vereinbaren? Damit nicht das Bett oder die Werkstatt belegt sein muss, sondern damit dem Menschen mit Behinderung so geholfen wird, dass er **möglichst lange möglichst selbständig** bleibt. Das wären dann echte Leistungen zur Teilhabe an der Gesellschaft!

Unser heutiges Leistungssystem ist in vielen Punkten von einer solchen Vorstellung noch sehr weit weg. Und da ich selbst Jurist bin, weiß ich, dass sich auf dem Weg dahin sehr viele juristische Fragen stellen und dass es natürlich immer die Gefahr von Mißbräuchen und Leistungsausweitungen gibt. Wenn man ganz mutig ist, dann darf man das Ganze

aber auch noch einmal weiterdenken: Es muss doch möglich sein, dass - von den Hilfebedarfen eines Menschen her gedacht - verschiedene Leistungsträger, also z. B. die Deutsche Rente, die Pflegeversicherung, die Bundesagentur für Arbeit oder eben auch der LWL ein gemeinsames Hilfebudget zur Verfügung stellen. Dann wäre es auch möglich, Arbeitsplätze zu organisieren, bei denen ein Mensch mit einer psychischen Behinderung eben nicht fünf Tage die Woche acht Stunden lang arbeiten muss, sondern an dem er während einer psychischen Krise sich dann auch eine Auszeit nehmen kann.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie sehen es mir nach, dass ich „meinen“ Redeplatz dieses Jahr einmal genutzt habe, um einige Gedanken zu äußern, die weit über den Haushalt 2016 hinausgehen. Es würde mich freuen, wenn wir beim LWL den Diskurs über die Zukunft inklusiver Gemeinwesen führen. Wir sollten uns überlegen, wie wir uns hier als Schrittmacher und Partner der Kommunen positionieren wollen.

Sie, meine Damen und Herren, entlasse ich jetzt wieder in die ernüchternde Wirklichkeit unseres LWL-Haushaltes, die Ihnen jetzt von unserem Kämmerer so schonend als möglich nahegebracht wird. Wie jedes Jahr wünsche ich Ihnen Weitsicht und - (das betone ich jetzt noch deutlicher als im letzten Jahr) - Augenmaß bei der Beratung des Haushaltes 2016!